Geschäftsbericht 2020

1. Sozialpolitische Schwerpunkte, Vernehmlassungen und Anhörungen

Das Geschäftsjahr 2020 stand im Zeichen der Coronapandemie. Die Städte waren sozialpolitisch stark gefordert: einerseits um die eigenen Dienstleistungen aufrecht zu erhalten, andererseits um die Auswirkungen der Coronakrise rasch zu erfassen und anzugehen. Die Städteinitiative Sozialpolitik war laufend im Austausch mit der SKOS und der SODK, um insbesondere die Situation in der Sozialhilfe zu kennen und Handlungsbedarf frühzeitig festzustellen.

Bereits im März 2020, kurz nachdem der Bundesrat die ausserordentliche Lage ausgerufen hatte, stellte die Städteinitiative Sozialpolitik fest, dass sich viele Personen bei den Sozialdiensten melden, weil sie in ihrer Existenz gefährdet sind. Die Städteinitiative Sozialpolitik forderte Bund und Kantone auf, kurzfristig wirksame Überbrückungsleistungen für die Betroffenen zur Verfügung zu stellen (Medienmitteilung vom 19. März 2020).

Es war in der Krise zentral, dass die Schweiz über ein funktionierendes soziales Sicherungssystem verfügt und bestehende Leistungen rasch ausbauen kann (u.a. Kurzarbeitsentschädigung; Verlängerung ALV-Taggelder). Der Wert und die Relevanz von staatlichen Unterstützungsleistungen war für einmal unbestritten.

Die Coronakrise zeigte aber auch Lücken in System schonungslos auf: So fehlt zum Beispiel bei Selbstständigerwerbenden eine finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit. Schwierig sah es auch bei Obdachlosen, Sans-Papiers oder Menschen mit (Kurz-)Aufenthaltsbewilligungen aus, bei denen Einnahmen wegfielen.

Gemeinsam mit dem Schweizerischen Städteverband forderte die Städteinitiative beim Bund immer wieder, dass die Städte in die Diskussion und in Vernehmlassungen einbezogen werden, wenn es um Unterstützungsmassnahmen geht. Denn die Städte leisten einen wichtigen Beitrag zum Sozialstaat und sind direkt betroffen, wenn die Unterstützungsmassnahmen ungenügend sind. Ausserdem ist es entscheidend, dass die Unterstützungsbeiträge des Bundes rasch und unbürokratisch via Kanton, Städte und Gemeinden den Betroffenen zukommen und deshalb alle bei der Umsetzung involvierten Staatsebenen einbezogen werden.

Noch wissen wir nicht, wie sich die Coronakrise längerfristig auf die Sozialhilfe auswirken wird. Aber wir können davon ausgehen: Was in der Vergangenheit richtig war, kann auch in der Zukunft nicht ganz falsch sein: frühe Massnahmen zur Wiedereingliederung von Menschen, die in die Sozialhilfe gelangen. Genügend personelle Ressourcen bei der Sozialberatung. Umsetzung der Integrationsagenda im Asylbereich. Investitionen in Qualifizierung und Bildung. Programme zur sozialen Integration von Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr nachgefragt werden. Überbrückungsrenten für ältere Ausgesteuerte. Und am Wirkungsvollsten – wie bei Corona – präventive Massnahmen.

Weitere politische Schwerpunkte setzte die Städteinitiative Sozialpolitik in diesen Themen:

Die Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose wurde vom Parlament verabschiedet. Die Städteinitiative Sozialpolitik hatte sich zusammen mit dem Schweizerischen Städteverband, der SKOS und weiteren Organisationen für diese neue Sozialleistung stark gemacht und sich

an den Vernehmlassungen zu Gesetz und Verordnung – mit fachlicher Unterstützung durch die AG LA – beteiligt.

Auch im Hinblick auf die IV hat sich die Städteinitiative Sozialpolitik engagiert. Die im Herbst 2020 erschienene Studie des BSV «Entwicklung der Übertritte von der Invalidenversicherung in die Sozialhilfe» hat gezeigt, was die Städte schon seit einigen Jahren feststellen. Der Paradigmenwechsel von der Renten- hin zur Eingliederungsversicherung hat zu Verlagerungseffekten in die Sozialhilfe geführt.

Erfreulich war der Entscheid es Parlaments, im Kredit 2021-2024 zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) deutlich mehr Geld für die Förderung der Grundkompetenzen von Sozialhilfebeziehenden zur Verfügung zu stellen. Der Schweizerische Städteverband wie auch die Städteinitiative Sozialpolitik hatten sich dafür stark gemacht.

Im Juni äusserten die acht grössten Städte der Schweiz ihre Bereitschaft, zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen. Auslöser war die katastrophale humanitäre Situation auf den griechischen Inseln, u.a. im Lager von Moria. Im September unterstützte die Städteinitiative Sozialpolitik die acht Städte mit einem Schreiben an Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Die SI bat den Bundesrat dringend, zur Direktaufnahme von Geflüchteten eine nationale Konferenz mit allen drei Staatsebenen einzuberufen sowie gesetzliche Grundlagen für die Schaffung von komplementären Zugangswegen zu erarbeiten. Die Städteinitiative hielt fest, dass insbesondere die grossen Städte bereit sind, ihre entscheidende Rolle bei der Aufnahme und Integration von geflüchteten Menschen wahrzunehmen und auszubauen. Die Bundesrätin hielt in ihrer Antwort fest, dass die humanitäre Soforthilfe vor Ort und die Evakuierung von unbegleiteten Minderjährigen Priorität habe, die Schweiz nehme eine Anzahl von ihnen auf. Sollte als Teil einer langfristigen Lösung der Situation in Griechenland ein europäisches Umverteilungsprogramm zustande kommen, sei das EJPD bereit, eine Teilnahme zu prüfen. Der Bund lehnt die direkte Zuweisung von schutzbedürftigen Personen an aufnahmebereite Städte mit Verweis auf den aktuell gültigen Verteilschlüssel ab.

2. Vorstand

Am 31. Dezember 2020 setzte sich der Vorstand aus den folgenden fünf Stadträtinnen und Stadträten zusammen:

- Nicolas Galladé, Winterthur, Präsident, SP, seit 2010
- Oscar Tosato, Lausanne, Vizepräsident, SP, seit 2011
- Raphael Golta, Zürich, SP, seit 2014
- Martin Merki, Luzern, FDP, seit 2012
- Sonja Lüthi, GLP, St. Gallen, seit 2018
- Franziska Teuscher, Bern, Grüne, seit 2013
- Antoinette de Weck, Freiburg, FDP, seit 2013

2020 fanden vier Vorstandssitzungen statt: im Januar und im September mit physischer Teilnahme in Bern; im März und Juni als Telefon- respektive Onlinekonferenz. An der Septembersitzung fand auch der traditionelle Austausch mit dem Ausschuss der Arbeitsgruppe Leitende Angestellte statt.

3. Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle verantwortete die Planung und Kommunikation der Geschäfte, Konferenzen und Mitgliederversammlungen sowie die Erarbeitung von Positionspapieren und Vernehmlassungen. Als Geschäftsführerin amtet Katharina Rüegg, Winterthur.

4. Arbeitsgruppe und Ausschuss Leitende Angestellte

Die Arbeitsgruppe der leitenden Angestellten (AG LA) war 2020 aktiv unterwegs. Nach einer ersten gemeinsamen Sitzung vor Ort im März zur Modernisierung der Sozialhilfestatistik mussten aufgrund Corona neue Möglichkeiten für den Austausch gefunden werden. Dank dem AG LA Sekretariat – Trix Gisler, Luzern – stand ab Juni Zoom zur Verfügung und sowohl der Ausschuss wie auch die AG LA trafen sich ab dann nur noch online. An den Sitzungen waren immer rund 20 Städte vertreten.

Eine gemeinsame Tagung AG LA und SKOS zur Digitalisierung in der Sozialhilfe konnte noch vor Ort in Olten stattfand. Ab Mai war dann bei den leitenden Angestellten die Corona-Thematik respektive die Auswirkungen aufs eigene Personal und auf die Sozialhilfebeziehenden das bestimmende Thema. Die vom Bundesrat verordneten Massnahmen im Bereich der vorgelagerten Systeme (ALV; Taggeldbezugverlängerung und Kurzarbeit) führten dazu, dass es nur bei wenigen Städten zu einem Fallanstieg in der Sozialhilfe kam. Die meisten Sozialdienste konnten trotz Coronamassnahmen weiterhin eine Beratung vor Ort anbieten.

Die Belastung bei den leitenden Angestellten war sehr hoch, in der Folge blieb es schwierig, Funktionen im Ausschuss und auch in der Leitung zu besetzen. Beat Schmocker führte die Co-Leitung auf Mandatsbasis weiter. Hildegard Hochstrasser, Baden, legte ihr Amt als Co-Leiterin auf Ende 2020 infolge Pensionierung nieder. Regine Hoffmann, Horgen, stellte sich als Nachfolgerin zur Verfügung.

5. Sozialhilfe in den Schweizer Städten – Kennzahlen im Vergleich

Ende Oktober wurde der Kennzahlenbericht 2019 veröffentlicht und an einer online-Medienkonferenz präsentiert. Obwohl die Fallzahlen bereits zum zweiten Mal nacheinander zurückgingen, nahmen Kosten und Dauer bei den Sozialhilfeleistungen weiter zu. Erstmals konnte nachgewiesen werden, dass die durchschnittliche Bezugsdauer für den grössten Teil der Sozialhilfebeziehenden nicht zugenommen hat. Aber es gibt einen kleinen Teil von Beziehenden, der sehr viel länger auf Sozialhilfe angewiesen ist als früher. Diese Fälle erhöhen die durchschnittliche Bezugsdauer, die Fallzahlen und die Kosten. Die Sozialhilfe übernimmt in diesen Fällen die langfristige Existenzsicherung − eine Aufgabe, für die sie ursprünglich nicht gedacht war.

6. Netzwerk Romandie

En raison du covid-19, aucune assemblée n’a pu être organisée en Suisse romande, le programme prévu au printemps ayant été repoussé à l’automne. La prochaine assemblée aura donc lieu le 11 juin 2021 à Lausanne.

Le projet pilote initié en 2019 avec la HES de Berne concernant les indicateurs de l’aide sociale des villes de Genève, Lausanne, Bienne, La Chaux-de-Fonds, Fribourg, Sion, Neuchâ-

tel, Yverdon-les-Bains et Morges a continué. Les données concernant le nombre de personnes à l'aide sociale, les dossiers ouverts et clos, la durée de soutien, le type de ménages, l'âge, la nationalité, l'état civil et la nationalité des personnes soutenues ont été réunies et ont fait l'objet d'un rapport à usage interne. Le projet se poursuit en 2021.

7. Konferenzen

Aufgrund der Coronakrise konnte die für den 5. Juni 2020 in Uster geplante Frühlingskonferenz und Mitgliederversammlung nicht stattfinden. Die formale Beschlussfassung über die statutarischen Geschäfte wurde schriftlich durchgeführt.

Unter dem Titel «Wie Städte Integration leben lernen» befasste sich die Herbstkonferenz vom 13. November 2020 mit der Umsetzung der Integrationsagenda sowie mit Praxisbeispielen aus Städten. Auch diese Konferenz konnte nicht mit Teilnehmenden durchgeführt werden. Sie wurde daher aus dem Bildungszentrum Uster live übertragen. Die Mitglieder verabschiedeten fünf Positionen zur Integration von Flüchtlingen.

8. Arbeit in und Zusammenarbeit mit (sozial-)politischen Gremien

Die Städteinitiative ist eine Sektion des Schweizerischen Städteverbands. Die Zusammenarbeit ist sehr eng, namentlich in Kontakten mit der eidgenössischen Politik und Verwaltung.

Aufgrund der Zusammenarbeit mit weiteren (sozial-)politischen Organisationen konnte die Städteinitiative Sozialpolitik ihre Kernanliegen auf Bundesebene wirkungsvoll vertreten. In den folgenden Verbänden und Gremien hatte die Städteinitiative Sozialpolitik Einsitz:

- Vorstand der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und Sozialdirektorinnen
- Interinstitutionelle Zusammenarbeit (Steuerungsgremium, Entwicklungs- und Koordinationsgremium)
- Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen
- Nationaler Dialog Sozialpolitik
- Arbeitsgruppe Neustrukturierung Asyl
- Steuergruppe Modernisierung Sozialhilfestatistik

Eine gute Zusammenarbeit pflegte die Städteinitiative Sozialpolitik auch mit der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe, dem Schweizerischen Gemeindeverband sowie dem Schweizerischen Arbeitgeberverband.

9. Mitgliederbestand 2020

Total Mitglieder per 31.12.2020:	57
Total Eintritte:	0
Total Austritte:	0

Allen Personen, die sich in irgendeiner Form für die Anliegen der Städteinitiative Sozialpolitik eingesetzt haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Für die Städteinitiative Sozialpolitik: Katharina Rüegg, Geschäftsführerin

Winterthur, im März 2021